

## **Resolution zur Corona Epidemie der Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt**

Die Corona-Epidemie verändert das Miteinander in unserer Stadt spürbar. Das öffentliche Leben ist weitgehend ausgesetzt. Plätze, die sonst beliebte Treffpunkte sind für Begegnungen und Austausch zwischen Menschen, wirken wir ausgestorben. Das ist jetzt notwendig, wird aber nur vorübergehend sein. Wir wollen dass unsere Stadt, auch nach der Corona-Krise lebenswert bleiben.

Dabei können wir uns auf unsere Bürger\*innen verlassen. Netzwerke der Unterstützung und Hilfsbereitschaft bauen sich auf – so wie wir es in Darmstadt kennen, als viele Menschen durch Krieg und Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Unser Dank gilt den Hilfskräften und der Polizei, die bis an die Grenzen der Belastbarkeit menschlich und rechtsstaatlich unser Gemeinwesen aufrechterhalten. Gleichzeitig gilt unser Dank all denjenigen, die im medizinischen oder gesundheitlichen Bereich täglich Leben retten.

Wir halten die drastischen Maßnahmen von Bund und Ländern für richtig. Sie sind sicherlich eine der größten Herausforderungen für uns alle seit Bestehen der Bundesrepublik. Im Kern geht es darum, dass die Menschen in den kommenden Tagen ihre Sozialkontakte deutlich reduzieren und so die Zahl der Neuinfektionen gebremst wird. Das erfordert von allen ein hohes Maß an Disziplin. Aber auch Solidarität und Nachbarschaftshilfe sind gefragt, um den Menschen zu helfen, die Hilfe nötig haben.

Aber es wird auch darum gehen, Maß zu halten. Der Virus darf nicht dazu führen, dass unser Recht, unsere Verfassung und unser Grundgesetz unter Quarantäne gestellt werden. Jede Maßnahme, jede Verordnung muss dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit und dem Prinzip der Rückholbarkeit genügen. Rechtsgüter abzuwägen ist die große Herausforderung, vor der wir jetzt stehen.

Wir werden darauf achten, dass Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, auch weiter versorgt werden. Dazu gehört beispielsweise die Lieferung von Lebensmitteln zu organisieren für diejenigen, die ihre Wohnung nicht verlassen können. Selbstverständlich gelten auch hier die nötigen Vorkehrungen zum Infektionsschutz.

Wir leisten entschlossen unseren Beitrag, damit sich das Virus langsamer ausbreitet. Dazu gehört beispielsweise die Notbetreuung für Kinder, nachdem Kitas und Schulen geschlossen bleiben. Auch der öffentliche Gesundheitsdienst, Rettungsdienste und Feuerwehr müssen gut vernetzt arbeiten können. Es ist inzwischen gelungen, ein konsistentes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen. Auch jetzt zeigt sich wieder, dass die dezentrale bürgernahe kommunale Selbstverwaltung Selbsthilfekräfte der Gesellschaft mobilisiert.

Es ist die Aufgabe des Magistrats, der Verwaltung und der Stavo die Menschen in unserer Stadt transparent zu informieren und Entscheidungen zu erklären. Als Opposition werden wir versuchen, mit konstruktiven Beiträgen den Magistrat zu unterstützen. Unser Dank gilt auch den Mitarbeiter\*innen in der Verwaltung und den Trägern von der Stadt übertragener Aufgaben, die in enger Abstimmung mit der Stadt das notwendige tun und dabei nie den einzelnen Menschen aus dem Auge verlieren.